

# Die Freundschaft gekündigt

Main-Post Würzburg 20.12.2018

## Bund Naturschutz verlässt Landschaftspflegeverband

**WÜRZBURG** (meg) Der Bund Naturschutz (BN) hat dem Landschaftspflegeverband (LPV) die Freundschaft gekündigt. Und das, obwohl der BN den freiwilligen Zusammenschluss von Landwirten, Naturschützern und Kommunen vor 20 Jahren selbst mitinitiiert hat. Hintergrund ist die Zusage des LPV, sich am Ausgleichsverfahren für den bevorstehenden Bau der B 19-Ortsumfahrung Giebelstadt zu beteiligen. Aus Sicht des BN mischt sich der Landschaftspflegeverband damit zur Unzeit in ein konfliktträchtiges Planungsverfahren ein und verstößt damit gegen die ihm auferlegte Neutralität.

Es geht um ein bis dato in Bayern einzigartiges Verfahren, mit dem die Eingriffe in die Natur durch den Bau der Umgehungsstraße ausgeglichen werden sollen. Rund 20 Hektar solcher Ausgleichsflächen wären nötig, um den seltenen Wiesenweihen und Feldhamstern, deren Lebensraum von der geplanten Trasse durchschnitten wird, ein angemessenes Ausweichquartier zu schaffen.

Der Versuch, die Flächen zu erwerben, scheiterte. Deshalb wurde eine Pachtlösung ausgearbeitet, bei der sich Landwirte verpflichten, gegen einen finanziellen Ausgleich auf ihren Flächen jeweils 36 Meter breite Streifen nach den Grundsätzen des Artenschutzes zu bewirtschaften. Das Konzept wurde vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgearbeitet und inzwischen von den höheren Naturschutzbehörden gebilligt.



Einmal mehr Stein des Anstoßes: Der Feldhamster, der sich rund um Giebelstadt zu Hause fühlt.

FOTO: UWE ANSPACH, DPA

Flächen seien ausreichend angeboten worden, heißt es seitens der Gemeinde Giebelstadt. Um zu entscheiden, welche geeignet sind, ist fachliche Expertise gefragt. Dafür, und für die spätere Betreuung der Ausgleichsflächen, möchte die Gemeinde den Landschaftspflegeverband mit ins Boot holen, dem sie selber als Mitglied angehört.

### Ausgleichsverfahren

Vor allem die Bewertung im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens stößt dem Kreisgeschäftsführer des Bund Naturschutz, Steffen Jodl, sauer auf. „Es war bisher immer Grundsatz, dass sich der LPV nicht äußert, solange ein Verfahren nicht rechtlich abgeschlossen ist“, sagt Jodl. Auf dieser Grundlage habe der Verband erst im Oktober eine Beteiligung am Ausgleichsverfahren für die geplante Umgehungsstraße Rimpf abgelehnt. Erst wenn das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, könne man über eine dauerhafte Betreuung beraten und entscheiden, so Jodl weiter.

„Wir wahren die Neutralität“, sagt hingegen der Vorsitzende des Landschaftspflegeverbands, Landrat Eberhard Nuß. Die Gemeinde sei auf den LPV zugekommen, weil der über anerkannte Fachleute für den Schutz des Feldhamsters und der Wiesenweihe verfügt. „Natürlich könnte sich Giebelstadt auch an ein unabhängiges Umweltbüro wenden, aber sie wissen, dass wir das können und vertrauen uns“, so Nuß.

Damit seien zunächst keine weiteren Zusagen verbunden, die im Planfeststellungsverfahren eine Rolle spielen könnten. „Wir haben bewusst keine Betreuungszusage getroffen, sondern uns nur bereit erklärt, die Bewertung der Flächen zu unterstützen, weil wir die Fachleute dafür haben“, so der Landrat weiter. Trotzdem scheint das Verhältnis zum Bund Naturschutz zertrübt. Selbst bei einer Rücknahme des Beschlusses sieht Steffen Jodl jedenfalls keinen Anlass, dem Landschaftspflegeverband wieder beizutreten.